



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/220 - 21.9.1951

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 7654-59  
Fernschreiber 039 890

Zur Europa-Tagung in Hamburg	S. 1
Nehrus Bedeutung für Indien	S. 3
Antwort Schumachers an General Tschaikow und Robert Schuman	S. 5

## Schwache Fanfare

P.P. - Hamburg

Seit je sei Hamburg eine Hochburg der sozialistischen Bewegung gewesen, sagte Bürgermeister Max Brauer zur Begrüßung der Jahresversammlung des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung, die am Donnerstag im Hamburger Rathaus zusammentrat, und auch die Kräfte, die das neue Europa zu bilden bestrebt seien, müßten im Grunde aus dem Sozialismus und seinem Gedankengut schöpfen, um Europa zu erreichen.

Es muß mehr geschehen! sagten alle. Nur wenige sagten jedoch, was geschehen müsse. Man sieht die Tatsache der bereits tätigen "Teil-Unionen", die Europa in seiner Wirklichkeit für ihre Zwecke vorwegzunehmen drohen. Man sieht auch die Gefahr der "Interessen-Organisation", wie sie durch Montan-Union, durch militärische Konventionen und ähnliche Absprachen oder Verträge internationalen Gewichtes für einen gesunden und auf das Wohl aller Menschen bedachten europäischen Organismus fühlbar gegeben ist, aber man weiß in diesem Deutschen Rat keinen wirkungsvollen Ausweg. Man sagt Ja zum Schuman-Plan und hat doch im gleichen Atemzug warnend den Finger erhoben: Wieder eine Vorausregelung ohne organische Beziehung zum Ganzen!

Prof. Kogon sprach von dem "reaktionären Charakter" der

bisherigen Abmachungen verschiedener Art, die zum Kriege oder zu Revolutionen, wenn nicht zum Chaos führen würden. Vergeblich warteten die Hörer im festlichen Saal des Hamburger Rathauses und auf den Emporen nun aber auf eine Forderung oder einen realen Plan, der zeigen könnte, auf welchem Wege die Gesamtlösung versucht werden sollte. Der europäische Bund der Nationen sollte aus einer verfassungsgebenden europäischen Nationalversammlung entstehen, die von den demokratischen Parlamenten der Nationen zu bilden sei. Diese These erschien wieder. Sie ist so oft zu Grabe diskutiert worden, daß ein junger Zuhörer, mehr impulsiv als gerecht, auf einen Zettel schrieb: "Gibt es ein Leben nach dem Tode? Ja! Kogon bewies es!"

Im Rahmen der wirtschaftlichen Diskussion tauchte die Zentralbehörde für die gemeinsame Währung auf, es wurde auch von einem Plan einer gesanteuropäischen Produktionsförderung gesprochen, aber die von Rosenberg (DGB) gezeigte Konsequenz, Planung, Lenkung und Systematik zu fordern, wurde nicht gezogen. Europa sei keine Angelegenheit für technische Zeichner, sondern ein Anliegen der Menschen, sagte Rosenberg und zeigte auf die Arbeiter, die seit Jahrzehnten der Idee der internationalen Solidarität verschworen seien.

In einigen Entschliefungen gab die Vollversammlung praktische Anregungen: Die Bundesregierung möge den Anfang machen und den Visumzwang abschaffen, wenigstens für junge Menschen, und sie soll Erleichterungen beim Grenzübertritt für Menschen aus der kulturellen und politischen Arbeit von sich aus bieten. Eine Arbeitskonferenz soll soziale Fragen so klären, als gäbe es bereits ein einheitliches Europa. Das freilich wäre eine Vorausregelung, die keine "Interessen-Union" darstellen würde, die aber eine Gemeinschaft von Millionen Menschen herzustellen vermöchte, denen Europa gleiche Rechte und Ansprüche sicherte, gleichgültig, ob sie in der Bretagne arbeiteten oder auf Sizilien, in den Häfen im Ruhrgebiet oder im englischen Wallis.

Während des Schlußwortes hatten sich die Reihen der Räte stark gelichtet. Man war nur in geringem Maße interessiert gewesen. Diese Form der Tagung des Deutschen Rates scheint uns nicht geeignet zu sein, Initiative zu entfachen oder auch nur ein waches Interesse zu pflegen. Obwohl die eigentlich produktive Arbeit an Europa sicher nur von einem kleineren Kreis geleistet werden kann, ist doch eine fachlich fundierte und politisch verantwortungsbewußte Mitarbeit eines wesentlich größeren Teiles aktiver Menschen nicht mehr zu entbehren. Es sollte geprüft werden, ob die Zusammensetzung des Deutschen Rates aus sogenannten Prominenten, die ohnehin von Pflichten, Terminen und Interessen meist überreich gebunden sind, zweckmäßig ist. Vor allem fehlen die jungen Menschen. Sie fehlten in Hamburg nicht als Zuhörer. Das berechtigt zu gewissen Hoffnungen.

Die Rolle Nehrus

f. Die Bolschewisierung Chinas - niemand bestreitet es - ist ein höchst bedeutsamer Faktor der Weltpolitik. Aber es ist bereits vergessen, daß dieser ungeheure Vorgang das westliche Denken erst ernstlich beschäftigt hat, als es zu spät war. Wir sind auf dem besten Wege, entscheidende Wandlungen in der zweitgrößten asiatischen Macht, Indien, ebenso unbeachtet zu lassen, bis wir auch hier eines Tages vor Ergebnissen stehen, auf die wir nicht vorbereitet sind. Die Gefahr einer Bolschewisierung Indiens, die die Machtsphäre des Kremls auf weitere 350 Millionen Menschen ausdehnen würde, ist auf absehbare Zeit nicht gegeben. Das ist wohl der Grund, warum man glaubt, sich um die indischen Vorgänge nur am Rande kümmern zu müssen.

Diese Fehleinschätzung ist nicht zu rechtfertigen, denn Indien kann eine große Hoffnung, es kann auch eine große Enttäuschung des Westens werden. Nehru weigert sich, das gefährliche Spiel der Verschärfung des west-östlichen Gegensatzes mitzuspielen. Er ist überzeugter Sozialist. Da Sozialismus in amerikanischen Augen eine anrüchliche Spielart des Kommunismus ist, hat Nehru eine schlechte Presse in Amerika. Daß er sich außerdem geweigert hat, in San Francisco den japanischen Friedensvertrag zu unterzeichnen, hat die Verdächtigung des indischen Premiers nur verstärken können.

Die heute beliebte Versimpelung der politischen Tatbestände nach dem Leitsatz, wer nicht für die amerikanische Weltpolitik sei, sei gegen den Westen, ist nicht geeignet, Nehru von seinem Wege abzubringen. Er ist der Regierungschef eines souveränen Landes, dem in der Entwicklung Asiens schon aus seiner Größe und seiner Bevölkerungszahl ein besonderes Gewicht und damit eine besondere Verantwortung zukommt. Nehru ist ein scharfer und unnachgiebiger Gegner des Kommunismus in seinem Lande. Das müßte ihn den Amerikanern empfehlen. Er ist aber auch ein nicht minder scharfer Gegner jeder Spielart des westlichen Imperialismus, den er und eben nicht nur er für den Feind Asiens hält. Was für den Westen

gut sein mag, muß noch nicht notwendig gut sein für Asien.

Hinzu kommt, was in Washington vollends verkannt wird, weil es in seiner Hast und Ungeduld dafür kein Organ hat: Es ist die tiefe innere Auseinandersetzung zwischen den Fortschrittlichen und der Reaktion. Nehru, über dessen Standort in dieser Auseinandersetzung kein Zweifel sein kann, hat ihn jetzt zu einer vorläufigen Entscheidung getrieben durch den Zweikampf mit Tandon, dem Vorsitzenden des allmächtigen Arbeitsausschusses der allmächtigen Kongreßpartei. Nehru hat durch den Austritt aus dem Arbeitsausschuß, dem höchsten Exekutivorgan seiner Partei, Tandon, den Führer der hinduistischen Reaktion zum Rücktritt gezwungen, da dieser nicht hoffen konnte, den Kampf mit einem Nehru zu gewinnen. Dieser ist nun nicht nur Regierungschef seines Landes, sondern auch Chef der Partei. Da Indien in wenigen Monaten zum ersten Mal in seiner Geschichte als freies Land sein Parlament wählt, hat Nehru einem Tandon die Auswahl der Kandidaten nicht überlassen können. Er hat ihn in den Arbeitsausschuß wieder aufgenommen, aber die Geschicke der großen Partei, der der Zerfall drohte, bestimmt er organisatorisch selbst.

Der Ausgang der Auseinandersetzung mit Tandon hat die ungeheure Machtstellung Nehrus in Indien schlagend bewiesen. Sein schärfster Gegner hat es bescheinigt, als er seinen Rücktritt vom Vorsitz des Arbeitsausschusses mit den Worten begründete: "Es blieb kein anderer Ausweg. Nehru ist das Symbol unserer Nation".

+ + +

Zwei Erklärungen Dr. Schumachers:Antwort an General Tschuikow

Zu der Erklärung des Oberkommandierenden in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, General Tschuikow, äußerte sich Dr. Schumacher:

Bisher hat die sowjetische Besatzungsmacht bei der Erörterung der Probleme der deutschen Einheit geschwiegen. Nachdem am Dienstag aber die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ihren Standpunkt durch mich hat fixieren lassen, antwortet jetzt General Tschuikow.

Durch seine Erklärung, daß die UdSSR hinter den Gewalthabern von Pankow stehe, werden die Tatbestände nicht klarer. Das, was seine Antwort hätte enthalten müssen, wenn Sowjetrußland eine deutsche Einheit fördern wollte, ist nicht gesagt worden.

Sowjetrußland muß sich darüber klar sein, daß das deutsche Volk den Frieden und die Einheit will, und daß es überall, und nicht zum wenigsten in der sowjetischen Besatzungszone, den Kommunismus ablehnt.

Was tut die Sowjetunion, um die bestehende Spaltung, die sie mit Worten so sehr bedauert, auch tatsächlich zu überwinden? Sie hätten einen Schritt gegenüber den anderen Alliierten tun müssen, um dem deutschen Volk die eigene Entscheidung zu ermöglichen und ihm den Weg freizumachen für eine deutsche Selbstbestimmung nach innen und außen. General Tschuikow schweigt zu den sozialdemokratischen Forderungen nach einer internationalen Kontrolle der Wahlen und der Vorbereitungszeit bis zu den Wahlen. Er übergeht die Forderung nach einer starken deutschen Zentralregierung, die frei von Einflüssen der Besatzungsmächte die innerdeutschen Verhältnisse selbst gestaltet. Er bleibt bei einer unrealistischen Propagandaformel. Er erwähnt die deutsche Forderung nach Berliner Neuwahlen nicht; Berliner Wahlen aber sind der praktische Ausgangspunkt für die Verwirklichung der deutschen Einheit.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist gegen jede Einmischung jeder Besatzungsmacht, gerade in den Fragen der deutschen Einheit. Sie wehrt sich gegen die jetzt sichtbare Anmaßung der westlichen Alliierten, in die Gestaltung der deutschen Einheit eingreifen zu können. Sie kämpft gegen die Politik des Ostens, Deutsche als Faktoren der sowjetischen Nationalpolitik auszunützen.

Die Sozialdemokratische Partei ist eine einheitliche

Partei. Sie bildet ihren Willen gemeinsam für alle Zonen. Sie duldet keine Infiltration aus dem Osten. Sie weist Beeinflussungen aus dem Westen zurück. Man muß sich im russischen Lager darüber klar sein, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands auch keine der Besatzungsmacht hörige Ostsozialdemokratie dulden würde.

General Tschuikows Erklärung ist lediglich die Beteuerung eines angeblich vorhandenen guten Willens, ohne zu sagen, worin dieser gute Wille besteht und wie er verwirklicht werden soll.

Von allen Besatzungsmächten verlangt das ganze deutsche Volk nicht mehr und nicht weniger, als daß sie sich darüber einigen, von welchem Zeitpunkt an unter internationaler Kontrolle und unter gleichen tatsächlichen und rechtlichen Voraussetzungen das deutsche Volk durch freie Wahlen sein Schicksal selbst in die Hand nimmt. Unmöglich ist die Methode, daß in der sowjetischen Zone ein russischer General erklärt, er unterstütze den Volkskammerappell energisch und vollkommen uneigennützig, und im Westen daraufhin der französische Außenminister das Bekenntnis ablegt, er stehe hinter der Antwort des Bundeskanzlers Adenauer auf den Volkskammerappell. Es interessiert das deutsche Volk nicht, welche Besatzungsmächte hinter welcher politischen deutschen Gruppierung stehen. Von Bedeutung ist nur, wann und unter welchen Umständen die Besatzungsmächte durch praktische Maßnahmen ihrer Pflicht nachkommen, dem deutschen Volk die Möglichkeit zu geben, die willkürlich und sinnlos zerstörte deutsche Einheit in Freiheit wieder herzustellen.

#### Für ein starkes Europa

#### Gegen nationalistischen Mißbrauch der Macht

Der französische Außenminister Schuman hat erklärt, daß Frankreich zur gegebenen Zeit nach der Annahme des Schuman-Plans und des Pleven-Plans eine gemeinsame Oberinstanz für eine europäische Außenpolitik vorschlagen werde.

Dazu erklärt der sozialdemokratische Parteivorsitzende Dr. Schumacher:

Schuman-Plan, Pleven-Plan und der neue Vorschlag einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik sind französische Pläne und auf die Befriedigung französischer Wünsche und Interessen gerichtet.

Nachdem der Schuman-Plan die wirtschaftliche Kraft

Deutschlands im Endergebnis der französischen Verfügungsgewalt unterstellen soll, verfolgt der Plevin-Plan auf militärischem Gebiet dasselbe Ziel. Diese Festlegung der Machtverhältnisse soll ihre politische Konsequenz in der französisch dirigierten Außenpolitik Westeuropas finden.

Ein Europa unter den so geschaffenen tatsächlichen Bedingungen der Ungleichheit ohne demokratische Grundlage und Kontrolle kann seiner Aufgabe der Abwehr des östlichen Totalitarismus nicht gerecht werden. Diese Pläne zeigen nichts von der notwendigen europäischen Gemeinschaftsgesinnung zwischen Gleichen. Sie sind Methoden der Beherrschung und Ausnutzung des zur Zeit Schwächsten durch den zur Zeit nur durch die politische Konstellation Stärksten. Sie sind kein Weg nach Europa, sondern führen von Europa fort.

Die nationalistischen und hegemonialen Tendenzen dieser Politik werden auch durch die französische Saarpolitik offenlegt.

Die Aufgaben, die sich Frankreich mit dieser Politik zumutet, sind zu groß, um mit seinen Kräften bewältigt werden zu können. Das ganze Unternehmen ist zu einem für Europa gefährlichen Mißerfolg verurteilt.

Der angekündigte dritte Schritt läßt erkennen, daß drei Ziele französischer Machtpolitik die Motive sind:

1. Man will das Unrecht der Wegnahme der Saar von Deutschland jetzt europäisch sanktionieren.
2. Man will die wirtschaftlichen und möglichen militärischen Kräfte Deutschlands nach eigenem Nationalinteresse lenken.
3. Man beabsichtigt mit diesem Mittel, die Frage der deutschen Einheit nach französischen Bedürfnissen zu behandeln, das heißt für unabsehbare Zeit zu verhindern.

So bleibt von Deutschland nichts übrig. Die anderen finden aber in dieser Konstruktion ihre nationale Selbstbejahung und die Befriedigung ihrer Wünsche. Europa ist das nicht. Es ist die Verhinderung Europas !

+ + +